№ 246
A 134
Morgen-Ausgabe.

Berlin

Sonnabend, 15. Mai 1926

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer
Groß-Berlin 20 Pf.
Auswärts 30 Pf.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags u. Montags nur einmal. Jeden Sonntag die illustr. Beilage „Zeitbilder". Sonst. Beilagen u. Rubriken: Finanz- u. Handelsblatt, Umschau in Technik u. Wirtschaft, Für Reise u. Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftl. Sonntagsbeilage, Allgem. Verlosungstabelle, Kurszettel d. Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin u. Umgegend monatl. 10 Mark, durch eigene Boten tägl. frei ins Haus durch die Post 9 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66⅔% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichk. für Aufnahme in eine bestimmte Nr. Annahme i. Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, u. i. all. Geschäftsstell. d. Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11852, sowie 15277, 15281, 15282 bis 15298

Die Entente und Oberschlesien.

Unterredung mit General Lerond.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

mg **Oppeln**, 14. Mai.

Die Unklarheit, die in weiten deutschen Kreisen über die Vorgänge in Oberschlesien herrscht, veranlaßte mich, den Präsidenten der interalliierten Regierung und Plebiszitkommission in Oppeln, General Lerond, um eine Unterredung zu bitten. General Lerond stellte fest, daß er mit Genugtuung die Gelegenheit ergreife, um die vielen Mißverständnisse, denen sein Verhalten in der Industrieprovinz im übrigen Deutschland begegnet, zu beseitigen.

„Ich lege Wert darauf, zu erklären," begann er, „daß ich nicht beabsichtige, den Krieg, der nunmehr beendet ist, etwa hier in einer anderen Form weiterzuführen. Die oberschlesische Frage und das oberschlesische Land sind mir in langen Studien vollständig vertraut geworden, und ich habe erst kürzlich bei meiner Reise durch den Industriebezirk mit Genugtuung feststellen können, daß der Stand der Dinge meinen Erwartungen entspricht, daß die Bevölkerung ruhig und, wenn sie nicht von außen her aufgehetzt wird, so zurückhaltend und klug ist, wie ich es erwartet habe."

Es stellte sich dann heraus, daß General Lerond der eigentliche Verfasser und Redakteur der Oberschlesien betreffenden Artikel des Friedensvertrages ist. Infolgedessen nimmt er auch für sich in Anspruch, deren Inhalt nach Geist und Absicht am besten auslegen zu können. Hierbei kamen wir natürlich sofort auf die Frage des Richterstreiks, der noch immer die Gerichtsbarkeit Oberschlesiens lahmlegt. Nach Ansicht des Generals ist es niemals die Absicht des Obersten Rates gewesen, Breslau oder Leipzig als Instanzen für Oberschlesien anzuerkennen. Auf meinen Einwurf, daß der Friedensvertrag doch eine andere Auslegung zulasse, erwiderte er lebhaft, daß man freilich, und dies brauche gar nicht im illoyalen Sinne zu geschehen, bei einem gegenseitigen Vertrag, wie ihn der Friedensvertrag darstelle, in seiner Auslegung verschiedener Meinung sein könne. Das Schiedsgericht, das in diesem Falle in Frage käme, sei der Oberste Rat, der sich durchaus gegen die deutsche Auffassung entschieden habe.

Es stimme, daß die Maßnahmen der Kommission gegen die deutschen Gesetze geschehen; aber das täten viele andere Maßnahmen auch. Man habe auf Grund der der Kommission belassenen Machtvollkommenheit das Recht, soweit die deutschen Gesetze zu ändern, als sie der Aufgabe der Plebiszitkommission, nämlich der des Regierens (Gouvernement) entgegenstünden. Dabei wies General Lerond auf einen neuen Beschluß der Allensteiner Kommission hin und überreichte mir dessen Wortlaut, der in ähnlichem Sinne alle die deutschen Gesetze außer Kraft setzt, die geeignet sind, sie in ihrer Tätigkeit zu behindern.

Wenn man die Absätze des § 88 in ihrer, der Auslegung weiten Spielraum lassenden Form durchliest, wird man General Lerond mindestens den guten Glauben zugestehen müssen. Darüber hinaus aber — und hier nahm die Unterredung eine fast sensationelle Wendung — erstaunte ich, als mir ein Zusatzprotokoll vom 9. Januar 1920, unterzeichnet Lerond und von Simson, lächelnd überreicht wurde, das bis heute von der deutschen Regierung so gut wie nicht veröffentlicht worden ist. Jedenfalls kannten z. B. die oberschlesischen Richter es bis vor zwei Tagen ebenfalls noch nicht, ein Versäumnis, das das Reichsjustizministerium oder die Ressortbehörde für Oberschlesien eigentlich nicht hätte eintreten lassen dürfen, denn dieses Zusatzprotokoll verschiebt die Sachlage im Richterstreik, insbesondere was die Absetzung des einen Richters und auch die der Landräte angeht, doch etwas. Sind doch nach ihm, dessen Dispositionen auch für Marienwerder und Allenstein gelten, die Beamten angehalten, ihr Amt loyal auszuüben und können kraft der absoluten Autorität der Kommission von ihrem Posten entfernt werden.

Präsident Lerond fühlt sich, wie er nachdrücklich versicherte, durchaus nur als Vollzieher des alliierten Willens. Seine Aufgabe sieht er lediglich in der Verwaltung der Provinz bis zur Volksabstimmung und in deren Vorbereitung. Wann diese stattfindet, ist noch nicht bestimmt, wenngleich die äußerste Grenze durch den Friedensvertrag bekanntlich auf eineinhalb Jahre nach Friedensschluß festgesetzt ist. Innerhalb dieser Frist dürfte sie nicht in der nächsten Zeit angesetzt werden, denn die Kommission will sie erst stattfinden lassen, wenn vollkommene Ruhe herrscht und die unbeeinflußte Stimmabgabe gesichert ist. Dies wäre aber vorläufig nicht der Fall.

Auf meine Frage, wie er sich im polnisch-deutschen Nationalitätenkampf zu verhalten gedenke, gibt General Lerond nur ein Wort zur Antwort: „Neutral" und fügt auf meinen Hinweis, daß nach einer Meldung die Kommission den polnischen Soldaten jetzt das Betreten oberschlesischen Bodens verboten habe, hinzu, daß dies deshalb nicht stimme, weil es noch niemals erlaubt gewesen sei. Er bemerkte ausdrücklich, daß er nur oberschlesische Bürger seiner Verwaltung kenne und jedes Verlangen der Bevölkerung, eine Partei anzuerkennen, zurückweisen werde. Die oberschlesische Freistaatsbewegung gebe es für ihn nicht, da sie nach dem Friedensvertrag keinerlei Zweck haben könnte.

Als ich einwandte, daß doch schon interalliierte Verhandlungen darüber im Gange gewesen seien, machte er mich, wie schon wiederholt im Laufe der Unterredung, darauf aufmerksam, daß er sich persönlich lediglich als Exekutor der interalliierten Regierungen betrachte und den Pariser Weisungen folge, ohne aber irgendeine selbständige Politik zu treiben. Dies sei auch im Falle der Verteilung der oberschlesischen Kohlen geschehen, wo man ihm Ungerechtigkeit vorwarf, während er nichts anderes getan habe, als auf Geheiß die Bedürfnisse der oberschlesischen Wirtschaft festzustellen und nach deren Uebermittelung an den Obersten Rat gewissermaßen als oberschlesischer Kohlenkommissar die Anordnungen der Pariser Wiedergutmachungskommission auszuführen.

Im übrigen verstehe er durchaus die große Sorge, mit der man in Deutschland Oberschlesiens Schicksal verfolge, und er sei der Meinung, daß es über dieses Interesse hinaus einen Faktor zum Aufbau der kontinentalen Wirtschaft darstelle, zum Aufbau, der nach den Wunden, die der Krieg geschlagen habe, nur in gemeinsamer Arbeit erfolgen könnte. Gemeinsame Arbeit aber setze gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Loyalität voraus.

Der Kampf gegen die Bolschewisten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

lw **Kopenhagen**, 14. Mai.

Wie „Daily Expreß" erfährt, hat Finnland beschlossen, sich an der Offensive gegen die Bolschewisten zu beteiligen.

*

Diese Nachricht scheint zunächst der Behauptung Recht zu geben, die von der „Humanité" in die Welt gesetzt worden ist, daß eine großangelegte Offensive gegen Moskau geplant sei, in der Japan, Polen, Rumänien und Finnland bestimmte Rollen zugeteilt wären. Nach wie vor stehen wir indessen diesen Meldungen mit Skepsis gegenüber. Der polnische Vormarsch stockt, Japan hat die Feindseligkeiten eingestellt, die finnische Offensive wird daher schwerlich den bolschewistischen Hasen zu Tode hetzen!

Vertagung der Konferenz in Spa.

Drahtmeldungen.

London, 13. Mai.

Reuter erfährt: Es ist ziemlich sicher, daß Lloyd George und Millerand bei den Beratungen in Hythe (bei Folkestone) sich dahin einigen werden, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben wird, da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutsche Reichstagswahl fiele, und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments genießen.

Amsterdam, 14. Mai. (W. T. B.)

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge, beabsichtigen die unabhängigen Liberalen, im englischen Unterhause einen Antrag einzubringen, wonach das Haus sein Bedauern darüber ausspricht, daß der Beginn der Tätigkeit des Völkerbundes hinausgezögert wird, und die sofortige Einberufung der Völkerbundsversammlung verlangt. Ferner sollen nach dem Antrag u. a. die englischen Vertreter beauftragt werden, einen Antrag auf Zulassung Deutschlands, Rußlands und anderer größerer souveräner Staaten zum Völkerbunde zu stellen.

Mustapha Kemal trotzt der Entente.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

lw **Kopenhagen**, 14. Mai.

Mustapha Kemal, der wie berichtet, in Angora eine nationalistische Gegenregierung gegründet hat, übermittelte dem Obersten Rat telegraphisch die Erklärung, daß es völlig gleichgültig sei, ob die türkische Delegation in Versailles die Friedensbedingungen der Entente annimmt oder nicht. Seine Regierung werde in eine Zerstückelung der Türkei nie einwilligen.

Das Flaggschiff des englischen Admirals de Robeck ist nach Konstantinopel abgegangen. Das Schiff ist mit Munition voll beladen.

gh **Paris**, 14. Mai.

„Temps" meldet aus Konstantinopel: Das außerordentliche Kriegsgericht hat Mustapha Kemal in contumaciam zum Tode verurteilt, ebenso fünf seiner Unterführer, darunter eine Frau.

Die schleichende Krise in Jugoslawien.

Von

Dr. M. Veres,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Belgrad, 14. Mai.

Seit drei Wochen schleppt sich nunmehr die durch die Demission des Kabinetts Protitsch heraufbeschworene Regierungskrise hin, und noch ist keine Aussicht auf eine Lösung zu entdecken. Das Kabinett Protitsch hat in aller Form den Streik angesagt. Am 28. April erhielt der Vizepräsident der Skupschtina einen Brief vom Ministerpräsidenten, in dem es hieß, daß er — Protitsch — nicht wünsche, das Parlament und das Land nochmals den unerfreulichen Szenen auszusetzen, die sich kürzlich in der Skupschtina abgespielt haben. Die Regierung weigere sich, an den Parlamentsdebatten teilzunehmen, solange die Opposition nicht auf die Obstruktion verzichte. Zugleich bot Protitsch dem Prinzregenten die Demission des Kabinetts an, und dieser betraute, wie schon berichtet, den Gesandten in Paris Dr. Wesnitsch mit der Kabinettsbildung. Seine Versuche sind bis zum heutigen Tage erfolglos geblieben; sie werden erheblich erschwert durch die Bestimmung der Verfassung, daß keine von der Regierung vorgeschlagene Maßregel Gesetz werden kann, wenn nicht die Hälfte der Skupschtina-Mitglieder dafür stimmt. Mit anderen Worten: eine handlungsfähige Regierung muß sich auf die Hälfte der Parlamentsmitglieder stützen können. Das kann aber auf die Dauer weder Protitsch noch die anderen Parteiführer, da keiner von ihnen über eine so große Gefolgschaft verfügt. Die jugoslawischen Kabinette sind somit im Grunde immer nur geduldet. Parteikoalitionen, die sich von Zeit zu Zeit bilden und dadurch der Regierung eine Existenzmöglichkeit bieten, zerfallen beim ersten Anlaß. Widerstrebende Parlamentarier bleiben dem Hause fern oder enthalten sich sonst der Abstimmung oder sie treiben, wie jetzt gegen das Kabinett Protitsch, so lange Obstruktion, bis die Regierung die Flinte ins Korn wirft.

In dem Kampf zwischen Regierung und Opposition handelte es sich diesmal um die gegensätzlichen Auffassungen über Verfassungs- und Agrarreform. Die neue Verfassung soll eine zentralistische sein, aber keine der Parteien wünscht einen jugoslawischen Bundesstaat, sondern Bosnier, Kroaten, Serben, Slawen, Banater, Mazedonier sind alle Jugoslawen und betrachten Belgrad als ihre Hauptstadt. Es gibt keinen politischen Unterschied in der Auffassung aller früheren Bestandteile des jugoslawischen Reiches. Die Meinungsunterschiede beziehen sich lediglich auf verwaltungstechnische Fragen. Die konservativen Parteien als Anhänger der heutigen Regierung wünschen die Beibehaltung der bisherigen sieben Länder mit autonomen Landesregierungen neben der Zentralregierung, ungefähr so wie es im alten Oesterreich war. Die Demokraten und Sozialisten aber wünschen alle alten Länderformen gänzlich zu zerschlagen und das neue Reich nach französischem Muster nach geographischen, wirtschaftlichen und anderen zweckmäßigen Rücksichten in Departements einzuteilen. Die jugoslawische demokratische Partei hatte, als sie am Ruder war, eine Agrarreform im Verwaltungswege eingeführt, die geeignet war, bis zur endgültigen Regelung die Ansprüche der Provinzen zu erfüllen. Jetzt verlangt der Ministerpräsident Protitsch von den Demokraten, daß sie ihre Zustimmung zu einer Abänderung der Agrarverordnung geben. Die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes soll fallen gelassen werden, falls dieser Großgrundbesitz seit zehn Jahren verpachtet ist. Das bedeutet, daß die kleinen Landwirte weiter ausgenützt werden, die Großgrundbesitzer aber nach wie vor ungerechtfertigte materielle Vorteile genießen sollen. Dabei ist zu bemerken, daß diese bosnischen Großgrundbesitzer Anhänger der Partei Protitsch sind. Die Demokraten sind durch diese Durchkreuzung der Bodenreform überaus erregt. Die Opposition wirft der Regierung vor, daß sie den elementarsten Forderungen des Fortschritts keine Rechnung trage, daß sie aus den Kriegs- und Revolutionserfahrungen nichts gelernt habe und der Erstarkung des jugoslawischen Reiches schwere Hindernisse in den Weg lege. Der Vorsitzende der bosnischen Landesregierung selbst, ein Anhänger der Protitsch-Partei, teilte der Regierung telegraphisch mit, sie werde jeden Boden verlieren, wenn die kleinen Pächter auch weiter beeinträchtigt werden sollten. Die Radikalen erhoben dann auch ziemlich energisch Protest gegen die Verordnung, es gelang jedoch dem Ministerpräsidenten, sowohl seine Partei wie seine Ministerkollegen wieder zu beruhigen. Protitsch hat dann die Agrarreform, ohne auf die Zustimmung der Demokraten zu warten, im Verordnungswege eingeführt. Die demokratische Vereinigung beriet hierauf über die Frage, ob sie noch an dem Gedanken der Konzentration überhaupt festhalten solle. Sie hat sich dazu mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Dr. Mesnitsch bereit erklärt. Prinzregent Alexander hat Wesnitsch gebeten, er möge alles aufbieten, um ein Konzentrationskabinett zustande zu bringen. Vor allem müssen sich